

## PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 28. April 2015

### **Menschenrechte achten! Mindeststandards bei der Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge! Kommunales Wahlrecht für Alle und Mitsprache auf der Landesebene!**

**Die Anzahl der Erstaufnahmeeinrichtungen erhöhen! Für Asylsuchende medizinische, psychologische und juristische Unterstützung sowie Sprachkurse bieten! Schulen bei der Integration von Quereinsteigern unterstützen! Rassismus in der Mitte der Gesellschaft nachhaltig bekämpfen! Kommunales Wahlrecht für alle einführen! Diese und andere wichtige Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik wurden diskutiert und entsprechende Forderungen in der Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, am 26. April 2015 in Schweinfurt verabschiedet.**



Delegierte der AGABY (Foto: Chandra Moennsad)

„In den Erstaufnahmeeinrichtungen müssen menschenwürdige Bedingungen erreicht werden. Gerade die neu in Deutschland angekommenen Flüchtlinge, die oft schwer traumatisiert sind, brauchen dringend eine bedürfnisorientierte Betreuung und Beratung. Hier steht die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht“, so Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY. Angesichts der angespannten Wohnungssituation erscheint vielerorts eine anfängliche gemeinschaftliche Unterbringung der Asylsuchenden unumgänglich. AGABY begrüßt die Erhöhung der Anzahl der Erstaufnahmeeinrichtungen und macht darauf aufmerksam, dass die Einhaltung von Mindeststandards nötig ist, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Auch die Abschaffung des Lagerzwangs und mehr Möglichkeiten für privates Wohnen waren Themen von Resolutionen an die Bayerische Staatsregierung, die die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns auf ihrer jährlichen Vollversammlung am Sonntag, dem 26. April 2015 in Schweinfurt verabschiedeten.

Angesichts des Massensterbens im Mittelmeer zeigte sich Mitra Sharifi Neystanak enttäuscht von den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels und kritisierte, dass weiterhin „Flüchtlingsabwehr Priorität vor Flüchtlingsschutz“ habe. Da eine grundlegende Diskussion über die europäische und deutsche Flüchtlingspolitik den Rahmen der Vollversammlung gesprengt hätte, drückten die TeilnehmerInnen ihre Trauer, Scham und Wut in einer gemeinsamen Schweigeminute aus.

Bei der Vollversammlung wurde zudem die fehlende offizielle Repräsentanz von MigrantInnen auf der Landesebene thematisiert. Die Delegierten der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte aus 23 Städten und Landkreisen Bayerns halten eine MigrantInnenvertretung auf der Landesebene – analog zu kommunalen Beiräten – für notwendig und wenden sich mit einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Seehofer, AGABY als ihr bayernweites Vertretungsorgan institutionell anzuerkennen.

In einer von insgesamt vier Resolutionen wurde zudem die nachhaltige Bekämpfung des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angemahnt. Im Sinne einer aktiven Gleichstellungspolitik müssten zum einen Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungsstellen eingerichtet und zum anderen MigrantInnenvertretungen von den Kommunen, Ländern und dem Bund geschaffen und konsequent in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. „Um zu einer inklusiven Gesellschaft, zu einer echten Anerkennungs- und Willkommenskultur, zu einem gleichberechtigten und rassistisfreien Zusammenleben zu kommen, brauchen wir die gesamte Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass ein Teil der Gesellschaft dauerhaft aus den demokratischen Prozessen ausgeschlossen ist, weshalb natürlich die alte Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für alle für die AGABY nach wie vor aktuell und dringend ist“, betonte Mitra Sharifi Neystanak.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen engagierten Vorstandsmitglieds Antonino Pecoraro (Würzburg) wurde von den Delegierten als Nachfolger Lajos Fischer (Kempten) neu in den Vorstand der AGABY gewählt.

Anhang: 4 Resolutionen der Vollversammlung der AGABY:

- 1) Mindeststandards bei der Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen
- 2) Abschaffung des Lagerzwangs für geflüchtete Menschen
- 3) Schulen bei der Integration von Quereinsteigern unterstützen!
- 4) Nachhaltige Bekämpfung des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft